

Jugendliche am Anschlag: Parteien fordern Hilfe vom Bund

Beratungsangebote für psychisch belastete Jugendliche stossen an ihre Grenzen. Nun macht eine überparteiliche Allianz Druck.

Chiara Stäheli

«Wir befinden uns in einer Not-situation», sagt SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel, «deshalb müssen wir nun jedes Mittel nutzen, um die Angebote zur Unterstützung von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen zu stärken.» Es brauche nun Sofortmassnahmen auf allen Ebenen – in erster Linie sollen «rasch, niederschwellig und unkompliziert» psychosoziale Beratungsangebote für Jugendliche unterstützt und ausgebaut werden, so die Lehrerin.

Unterstützung erhalten soll beispielsweise die Kinder- und Jugendberatung von Pro Juventute. Unter der Nummer 147 erreichen jugendliche Fachleute, mit denen sie über ihre psychischen Probleme sprechen können. Doch das Angebot stösst an seine Grenzen, wie Lulzana Musliu sagt: «Die starke psychische Belastung der jungen Gene-

ration führt dazu, dass unser Beratungsangebot stark gefragt ist. Unsere Beraterinnen leisten Extraschichten.» Zudem komme es vor, dass Anrufe nicht durchgestellt werden können, weil alle Fachpersonen besetzt sind.

Täglich sieben Jugendliche mit Suizidgedanken

Gerade im Bereich der Suizidprävention leiste Pro Juventute mit der Beratungsstelle 147

einen wichtigen Beitrag. Pro Tag melden sich im Schnitt sieben Jugendliche mit Suizidgedanken, gesamthaft steht die Anlaufstelle täglich mit rund 800 Jugendlichen in Kontakt. «Doch um dieses Angebot weiterhin aufrechterhalten und angesichts der Notwendigkeit ausbauen zu können, brauchen wir öffentliche Gelder», so Musliu.

Dafür setzt sich SP-Nationalrätin Locher seit Jahren ein. In

ihrem neuesten Vorstoss will sie vom Bundesrat wissen, ob er bereit ist, Massnahmen zu ergreifen, um die Angebote zur Sekundärprävention zu stärken und bekannt zu machen. Dazu zählen Anlauf- und Beratungsstellen, die den Psychiatrie- und Psychotherapieangeboten vorgelagert sind. Laut Locher sind solche vor allem dann wichtig, wenn es darum geht, Probleme frühzeitig zu erkennen und die

Wartezeiten zu überbrücken, bis ein Therapieplatz zur psychiatrischen Versorgung frei wird.

«Politisch und faktisch unbestrittene Notsituation»

Mitunterzeichnet haben die Interpellation von Locher 18 Parlamentsmitglieder aus allen Parteien. Auch der Bundesrat habe seine Pflicht erkannt und erste Massnahmen ergriffen, so Locher. «Es braucht allerdings

noch mehr. Ich hoffe deshalb, dass der Bundesrat diese politisch und faktisch unbestrittene Notsituation erkennt und gemeinsam mit den Kantonen den Versorgungsengpass angeht.»

Dass es dafür höchste Zeit ist, bestätigt auch Dagmar Pauli, Chefärztin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Zürich: «Anmeldungen wegen psychischer Not bei Jugendlichen steigen Jahr für Jahr. Deshalb ist ein Ausbau niederschwellig zugänglicher Angebote unabdingbar.» So könnten gemäss Pauli die «zu langen Wartezeiten» für einen ambulanten Behandlungsplatz überbrückt werden. Die Chefärztin und Stiftungsrätin von Pro Juventute sieht zudem Potenzial bei den bereits bestehenden Angeboten: «Wenn genug Mittel und Personal vorhanden sind, könnte man beispielsweise die Telefonhilfe 147 durch persönliche Gespräche ergänzen.»

Weshalb leiden immer mehr Jugendliche unter psychischen Problemen?

Lulzana Musliu von Pro Juventute sieht in der «Überlappung mehrerer Krisen» die Ursache für den steigenden Anteil psychisch belasteter Jugendlicher. «Der Krieg, die eben erst offiziell beendete Pandemie, die drohende Inflation und der Klimawandel ergeben zusammen eine Multi-

krise, die Kinder und Jugendliche in ihrer psychischen Entwicklung herausfordert», so Musliu. Von solchen Krisen sei die junge Generation besonders stark betroffen.

Dagmar Pauli, Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Psychiatrischen Universi-

tätsklinik Zürich, beobachtet zudem eine gesellschaftliche Entwicklung, die zunehmend Druck auf das Individuum ausübt, «in immer kürzerer Zeit mehr zu leisten». Auch übermässiger Konsum von sozialen Medien könne – vor allem für vulnerable Jugendliche – die Entwicklung von

psychischen Störungen begünstigen. «Und schliesslich wissen viele Kinder und Jugendliche nicht, wie sie mit Problemen umgehen sollen, und greifen in der Folge zu schädlichen Bewältigungsstrategien wie Selbstverletzung, Essensverweigerung oder Suizid», so Pauli. (chi)